

Familienpolitische Fragestellungen

Es gibt ein primäres **Elternrecht auf Erziehung**. Dies ist eine Grundlage unserer demokratischen Gesellschaft. Wir beobachten mit Bestürzung, dass dieses Recht eingeschränkt wird und Erziehungsberechtigte zunehmend entmündigt werden.

- Wie stehen Sie zu Tendenzen, die Kindergartenpflicht auszuweiten?
Wir Freiheitlichen sind grundsätzlich der Überzeugung, dass die Betreuung von Kindern durch die eigenen Eltern am besten ist. Da das für viele aber nicht leistbar und gelegentlich aus anderen Gründen nicht möglich ist, braucht es staatliche und private Kindergärten. Es muss aber immer die Wahlfreiheit der Eltern gewahrt werden. Einen Kindergarten-Zwang lehnen wir ab – also erst recht eine Ausweitung desselben. Einzig Kinder mit massiven Sprachdefiziten sollen zum Besuch eines Kindergartens verpflichtet werden, um sie dort in geeigneter Weise auf den erfolgreichen Eintritt in die Regelschule vorzubereiten.
- Wie wollen Sie sicherstellen, dass Eltern weiterhin primär für die Vermittlung von Werten auf dem Gebiet der Sexualerziehung und der Aufklärung zuständig bleiben? Wie soll diesbezüglich die Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern gestaltet werden?
Die speziell von linken Ideologen derzeit propagierte Frühsexualisierung von Kindern lehnen wir entschieden ab. Diese ist nicht nur unnötig, sondern kann verletzlichen Kinderseelen sogar massiven Schaden zufügen. Sexualerziehung und Aufklärung sind zweifelsohne notwendig, aber mit großer Sensibilität, unter Einbindung der Eltern und vor allem altersadäquat durchzuführen. Das kann man auch gesetzlich entsprechend regeln.
- Wie stellen Sie sicher, dass Eltern, die ihre Kinder in einem großen Ausmaß zu Hause erziehen wollen, weiterhin diese Freiheit der Wahl haben (z.B. durch ausreichende Angebote an Halbtageschulen und einer flexiblen Nachmittagsbetreuung)
Wie bereits bei Frage eins festgestellt, sind wir der Überzeugung, dass Eltern in der Regel am besten über die Bedürfnisse und Fähigkeiten ihrer Kinder Bescheid wissen. Es ist also Ziel der freiheitlichen Familienpolitik, Eltern die Möglichkeit zu bieten, möglichst viel Zeit mit ihrem Nachwuchs zu verbringen. Ganz in diesem Sinne muss natürlich die freiwillige Nachmittagsbetreuung möglichst flexibel und individuell gestaltet werden. Eine verpflichtende Ganztagschule kommt für die FPÖ überhaupt nicht in Frage.

Bildung ist ein zentrales Thema für die Zukunft unserer Kinder und der Gesellschaft.

- Schulskosten belasten das Haushaltsbudget vieler Familien. Wie wollen Sie verhindern, dass die Schulgeldfreiheit durch diverse auf die Eltern überwälzte Kosten (z.B. Schulerhaltung, Lehrmittel, Laptop,...) ausgehöhlt wird!

Die Schulkosten sind nur Teil einer immensen Gesamtbelastung, die auf Eltern niederprasselt. Für die Gesellschaft ergibt sich daraus die traurige Konsequenz, dass sich immer weniger junge Menschen dazu entscheiden, Kinder zu bekommen. Um dieser unerfreulichen Entwicklung entgegenzuwirken, müssen verantwortungsbewusste Politiker alles unternehmen, um die Belastungen in höchst möglichem Ausmaß zu reduzieren. Die FPÖ setzt sich seit Jahren für ein Schulstartgeld ein, damit zumindest die immensen Belastungen zu Beginn des Schuljahres gelindert werden. Wenn sich Erwachsene für Kinder entscheiden und diese auch noch möglichst gut ausbilden lassen, ist das eine gewaltige Leistung für die Gesellschaft und darf nicht zu teils sogar existenzbedrohenden Nachteilen führen.
- Die pädagogische Qualität der vorschulischen Fremdbetreuung ist uns wichtiger als die Quantität der zur Verfügung gestellten Plätze. Wie stellen Sie sicher, dass auch in Kindergruppen die BetreuerInnen eine entsprechende pädagogische Ausbildung haben?

In unseren Augen ist die Möglichkeit zu einer ausreichenden und natürlich qualifizierten Betreuung von Kindern auch schon in der Zeit vor dem Schuleintritt notwendig. Dass Betreuerinnen und Betreuer entsprechend ausgebildet sind, ist gesetzlich festzulegen. Ein dramatisches Zeichen, wie wenig unsere Kinder der rot-grünen Stadtregierung wert sind, ist, dass in Schulen teils nicht fertig ausgebildete Lehrer, sondern Studenten unterrichten und in Kindergärten nicht ausreichend qualifizierte Menschen in der Betreuung eingesetzt werden, denen man, um das zu verschleiern, die Berufsbezeichnung „Kindergartenassistentin“ verleiht. Kinder sind unsere Zukunft. Für sie müssen wir Geld in die Hand nehmen.
- Wie kann Ihrer Ansicht nach sichergestellt werden, dass Kinder bei Schuleintritt die deutsche Sprache beherrschen – unabhängig davon, ob sie zu Hause, in einem Kindergarten oder in einer Kindergruppe betreut wurden?

Das kann nur durch eine Überprüfung erfolgen. Unserer Überzeugung nach ist zumindest die Grundkenntnis der deutschen Sprache eine Notwendigkeit für den Eintritt in die Regelschule. Schüler, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, haben nicht nur nichts vom Unterricht, sondern behindern auch ihre Schulkollegen, weil sich die Lehrer oft nahezu ausschließlich um sie kümmern müssen. Also müssen Vorschulkinder, wenn sie entsprechende Kenntnisse nicht im Rahmen eines Tests nachweisen können, vor Schuleintritt das bislang Verabsäumte verpflichtend nachholen.

In unserer **demokratischen Willensbildung** sind Kinder und Jugendliche unterrepräsentiert und verlieren angesichts einer immer älter werdenden Gesellschaft an politischem Gewicht.

- Was halten Sie von der Einführung eines Kinderstimmrechtes (das für jüngere Kinder von den Eltern ausgeübt wird) auf kommunaler bzw. bundespolitischer Ebene?

Werden Sie sich für die Einführung eines Kinderstimmrechtes nach Vorbild der Pfarrgemeinderatswahlen in der Erzdiözese Wien einsetzen?

Dass Eltern zusätzliche Wahlrechte im Namen ihrer Kinder ausüben, das halten wir für höchst problematisch. Wir vertreten die Ansicht, dass jede Stimme gleich viel wert sein muss. Ein Kinderstimmrecht würde etwa Paare benachteiligen, die zwar einen Kinderwunsch hegen, aber dieser unerfüllt bleibt. Unsere Einschätzung bezieht sich auf den politischen Bereich. Privaten Organisationen oder Vereinen muss es vorbehalten sein, Regelungen nach dem Willen der Mitglieder individuell zu gestalten. Da hat sich die Politik nicht einzumischen.